Nuhası 5 Krupur

ABONE

(Posta ücreti dahil olmak üzere)

DAHİL İÇİN HARIÇ İÇİN

Aylık Türk Lirası 1.50 R.M. 5.-

Çeyrek aylık 4.25 " 13.-

Altı aylık 8.- " 25.-

Bir senelik 15.- " 50.-

Yahut muhabirlik.

Haftada 6 defa çıkar.

İdarehane

Tekke Caddesi No. 585 ve 587.

Telegraf adresi: Türkpost.

Telefon: 44.606.

Posta Kutumu: İstanbul 1209.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Krupur

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
1. Monat 7. Pfd.	1.50	R.M. 5.-
3. Monate	4.25	" 13.-
6. Monate	8.-	" 25.-
12. Monate	15.-	" 50.-

oder Gegenwert

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:

Tekke-Caddesi Nr. 585-587.

Druckschreib.: Türkpost.

Fernsprecher: 44.606.

Postfach: İstanbul 1209.

8. Jahrgang Nr 28 **Türkische Post** Tageszeitung für den Nahen Osten **İstanbul, Sonnabend 4. Februar. 1933**

Wahlrecht für Auslandsdeutsche.

Aufräumung mit den Splitterparteien.

Berlin, 3. Febr. (A.A. nach WTB.) Das Wahlrecht im allgemeinen wird für die nächsten Reichstagswahlen nicht geändert werden.

Allerdings sieht eine Verordnung des Reichspräsidenten gewisse technische Änderungen vor:

Jeder Wahlvorschlag muß, um gültig zu sein, die Unterschrift von wenigstens 60.000 Wählern tragen, wenn es sich nicht um eine Partei handelt, die im bisherigen Reichstag mindestens einen Abgeordneten hatte. Bisher genügten 500 Unterschriften.

Die im Auslande lebenden Deutschen werden bei den kommenden Wahlen auch abstimmen dürfen.

Berlin, 3. Februar. Die Reichswahlbehörde hat den 16. Februar als Frist für die Einreichung der Kreiswahlvorschläge bestimmt.

Wahlgemeinschaft der Rechten

Berlin, 3. Februar (A.A. nach WTB.) Unserer „Wahlgemeinschaft“, aber keine Listenverbindung“ schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß die Regierungsparteien über die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens bei den Wahlen berieten.

Diese Parteien hätten sich zwar früher bekämpft, seien jetzt aber zusammen in der nationalen Regierung und hätten den Wunsch, den Wahlkampf anders als bisher zu führen. Beide Parteien würden wahrscheinlich hinsichtlich ihrer Haltung im Wahlkampf Verpflichtungen eingehen, jedoch kaum gemeinsame Listen einreichen.

Berlin, 3. Februar. Die deutsche Volkspartei und der christlich-sozialistische Volksdienst haben eine Stimmlistenverbindung vereinbart, um die Zersplitterung von Wahlstimmen zu vermeiden.

Kabinettsitzung.

Berlin, 2. Jan. Das Reichskabinett hat heute abend eine Beratung abgehalten. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Besprechungen werden morgen fortgesetzt werden.

Zu Hitlers Programm.

Berlin, 3. Februar. Über den von der Reichsregierung veröffentlichten Aufruf an das deutsche Volk äußerte sich heute der Reichskanzler zu dem Vertreter eines amerikanischen Nachrichtenbüros.

Hitler erklärte, wenn er in dem Aufruf für die nationalsozialistische Partei hätte Propaganda machen wollen, so hätte er ruhig erklären und versprechen können, daß die Arbeitslosigkeit am 15. März verschwunden und die Landwirtschaft am 1. Mai auf ihren früheren Stand zurückgeführt sein würde.

Er sei aber ehrlicher als die meisten seiner Gegner und habe daher keine solchen Versprechungen gemacht. Es sei natürlich unmöglich, das Staatsgeschäft sofort in den rechten Kurs zu bringen. Alles was er verlange, seien vier Jahre, so schloß der Kanzler.

Im Anschluß an diese Unterredung empfing der Reichskanzler die Vertreter englischer und amerikanischer Blätter und erklärte ihnen, er hoffe, daß die Welt wissen, was in Deutschland vorgehe.

Entweder werde in Kürze die rote Fahne des Bolschewismus über Deutschland wehen, oder das deutsche Volk werde zu sich selbst zurückfinden.

Die Weltpresse möge kein vorläufiges Urteil fällen, sondern die Regierung erst nach ihren Taten beurteilen.

Das Reichskabinett setzte heute seine Beratungen über die politische Lage fort. Es wurde eine neue Verordnung über Sicherheit und öffentliche Ordnung beraten, Beschlüsse würden jedoch noch nicht gefaßt. Die Aussprache wird morgen fortgesetzt werden.

Beisetzung von Ermordeten auf Staatskosten.

Berlin, 3. Febr. (A.A. nach WTB.) Die Beerdigung der beiden Opfer des kommunistischen Ueberfalls in Charlottenburg, eines Polizeidjudanten und eines nationalsozialistischen Sturmtruppenführers, wird am Sonntag auf Staatskosten erfolgen.

Im Dom wird ein Trauergottesdienst veranstaltet.

Die Reichsregierung und die preussische Regierung werden sich daran beteiligen.

Eine für den gleichen Tag angesetzte sozialdemokratische Kundgebung wurde verboten.

Hitler Spitzenkandidat in allen Wahlkreisen

Berlin, 3. Febr. (A.A. nach WTB.) Reichskanzler Hitler teilte in einer Ansprache an die Führer der Berliner nationalsozialistischen Abteilungen mit, daß er sich für die Reichstagswahlen in sämtlichen Wahlkreisen als Spitzenkandidat seiner Partei aufstellen lassen werde.

Preussischer Landtag.

Berlin, 3. Februar. Die nationalsozialistische Fraktion des preussischen Landtages hat ihren Aufstellungsantrag dahingehend abgeändert, daß der preussische Landtag erst am 4. März aufgelöst werden soll.

Der Kampf gegen den Kommunismus.

Berlin, 2. Februar. In Preußen, Oldenburg, Thüringen und Braunschweig wurden sämtliche kommunistischen Versammlungen, Kundgebungen und Umzüge verboten.

In Mecklenburg-Schwerin und in Anhalt ergriff sich dieses Verbot nur auf die Veranstaltungen unter freiem Himmel.

In Stettin wurde eine ungesetzmäßige kommunistische Organisation aufgedeckt.

In Erfurt wurde bei einer Durchsichtung der kommunistischen Zentrale belastendes Material beschlagnahmt und mehrere Verhaftungen vorgenommen.

In Königsberg veranstalteten die Kommunisten einen „Hungermarsch“. Bei den Zusammenstößen, die sich dabei ergaben, wurden mehrere Personen verletzt.

In Düsseldorf wurden drei Kommunisten schwer verletzt.

In Altona gab es 1 Toten und 4 Verletzte.

„Der Angriff“ veröffentlicht einen Aufruf Hitlers an seine Parteigenossen, Ruhe und Disziplin zu bewahren und sich durch Kommunisten nicht herausfordern zu lassen.

Französische Pressestimmen.

Paris, 3. Febr. (A.A. nach Havay) Die französische Presse hatte nach der Weigerung Hindenburgs gegenüber Schleicher, den Reichstag aufzulösen, nicht damit gerechnet, daß das Parlament nun doch so schnell aufgelöst werden würde, und wurde durch die Nachricht von der Auflösung infolgedessen überrascht.

Die Zeitungen meinen, Hitler hoffe bei den Neuwahlen die Mehrheit zu erlangen, zumal da er sich bei seinem Werbefeldzug auf amtliche Macht stütze. Nach wie vor sind die französischen Blätter über die Stärkung von Hitlers Macht beunruhigt, andererseits sprechen sie auch davon, daß der neue Kanzler Sorge zur Schau trage, seine Sprache zu mildern, damit die Meinung des Auslandes nicht zu sehr beunruhigt werde.

Das „Journal“ meint, Hitler stehe dabei unter dem Einfluß der Berufsdiplomaten.

Umbeseizung von Beamten.

Berlin, 3. Februar. Reichsminister Popitz ist aus dem Reichsministerium ausgeschieden, wurde aber als stellvertretender Reichskommissar für das preussische Finanzministerium bestätigt.

Berlin, 2. Febr. Der kommissarische preussische Kultusminister, Prof. Kaehler, hat heute dem Vizekanzler v. Papen als Reichskommissar für Proußen sein Rücktrittsgesuch überreicht.

Prof. Kaehler wird die Geschäfte bis zur Ernennung seines Nachfolgers weiterführen.

Goering über Deutschlands Luftfahrt.

Berlin, 3. Febr. (A.A. nach WTB.) Anlässlich des 25-jährigen Stiftungsfestes des Deutschen Vereins für Luftfahrt, an dem auch Vertreter der italienischen, französischen, englischen und der japanischen Militärkräfte teilnahmen, hielt der Reichskommissar für Luftfahrt, Goering, eine Rede, in der er besonders betonte, daß die deutsche Luftfahrt von den ihr noch auferlegten Fesseln befreit werden müsse.

„Erst dann, wenn die anderen Mächte Deutschlands Gleichberechtigung anerkennen werden, wie es Italien tat“, sagte Goering, „werden wir der Welt unsere Forschungsarbeiten, unsere Versuchsanstalten und Flugzeugwerkstätten zur Verfügung stellen können.“

Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses?

Berlin, 2. Februar. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses haben die sofortige Einberufung dieses Ausschusses beantragt.

Sie wünschen die Behandlung der Tributfrage und der ostasiatischen Fragen.

Reichsratssitzung.

Berlin, 2. Februar. Reichskanzler Hitler stellte sich heute dem Reichsrat vor.

In seiner Ansprache wies der Kanzler darauf hin, daß die Regierung in dieser schwersten Zeit deutscher Geschichte ihr Amt übernommen habe. Die Regierung rechne auf die Mithilfe der Länder nicht nur in ideeller, sondern auch in tatsächlicher Beziehung.

Er bat zum Schusse den Reichsrat um die Mitarbeit der Länder zur Ueberwindung der gegenwärtigen Notzeit.

Entpolitisierung des österreichischen Bundesheeres.

Wien, 3. Februar. Die österreichische Regierung beschließt zwei Gesetze zur Entpolitisierung des österreichischen Bundesheeres einzubringen.

Das erste, verfassungsbildende Gesetz soll den Angehörigen des Bundesheeres das aktive und passive Wahlrecht entziehen, das zweite Gesetz soll bestimmen, daß die Angehörigen des Bundesheeres keine politischen Versammlungen besuchen und keine politischen Parteien angehören dürfen.

Macdonald Vorsitzender der Weltwirtschaftstagung.

London, 3. Februar (A.A.) Macdonald wurde aufgefordert, den Vorsitz der Weltwirtschaftskonferenz zu übernehmen, und sagte unter der Bedingung zu, daß die Tagung in London stattfinden.

Kroatienführer verhaftet.

Belgrad, 3. Februar (A.A.) Der Führer der kroatischen Opposition, Matschek, wurde wegen einer Erklärung in einer ausländischen Zeitung verhaftet. Es wird ihm ein Zwangsaufenthalt zugewiesen werden.

Nadoiny fordert erneut Abrüstung.

Genf, 2. Febr. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz gab der deutsche Vertreter, Botschafter Nadoiny, den Standpunkt der deutschen Regierung bekannt.

Er betonte, daß die Abrüstung so schnell wie möglich durchgeführt werden müsse. Deutschland werde auf dieser Forderung bestehen, denn es habe ein Recht auf die allgemeine Abrüstung. Mehr als zehn Jahre habe Deutschland auf die Erfüllung dieses Rechtsanspruches gewartet, die nun nicht länger mehr hinausgeschoben werden dürfe.

Für Deutschland komme aber nur ein Abrüstungsabkommen in Frage, das für alle Staaten bindend sei.

Nadoiny ging dann ausführlich auf die militärtechnischen und juristisch-politischen Einzelheiten des französischen Sicherheitsplanes ein und faßte seine Erörterungen in der Erklärung zusammen, daß Deutschland die Absichten der französischen Regierung, die Abrüstungsbestrebungen zu fördern, lebhaft begrüße und daß die deutsche Abordnung bereit sei, in die Besprechung der einzelnen Vorschläge des französischen Planes einzugehen.

Vorher hatte der italienische Vertreter Baron Aloisi in längeren Ausführungen den französischen Plan in scharfer Weise angegriffen.

Vom Streit zwischen Danzig und Polen.

Genf, 2. Februar. In der Meinungsverschiedenheit über die Agrarreform in Polen und die dadurch verletzten Rechte der deutschen Minderheiten wird die deutsche Regierung den internationalen Gerichtshof im Haag anrufen.

Eine entsprechende Erklärung gab heute der deutsche Vertreter, Gesandter v. Keller, im Völkerbundrat ab.

Der Rat beschloß daraufhin, die Behandlung dieses Streitfalles nicht weiter fortzusetzen.

Der Rat hat weiter in seiner heutigen Sitzung die Entscheidungen bestätigt, die der Völkerbundskommissar in den Streitfällen zwischen Danzig und Polen bereits zugunsten der Stadt Danzig gefällt hatte.

In der Frage der Kontingentierungen,

Studien des Gasi in Izmir.

Izmir, 2. Februar (A.A.) Der Staatspräsident machte heute nachmittags in Begleitung des Wali, Kiasim Pascha, eine Autofahrt bis nach Karschi Jakka und begab sich dann in die Landwirtschaftliche Schule in Bornova, wo er von Lehrern und Schülern empfangen wurde.

Das neue Schulgebäude stellt einen sehr schönen und modernen Bau dar. Der Staatspräsident besichtigte die Klassen, die Schlafräume der Schüler und die Vortragsäle und hörte den Ausführungen des Wali und des Schuldirektors interessiert zu.

Unter herzlichen Beifallskundgebungen der Menge, die sich auf den Straßen angesammelt hatte, kehrte der Staatspräsident gegen 17.30 Uhr nach seinem Konak zurück.

Selbstverständlich werden die neuen Terrorhandlungen der Kommunisten schwere Folgen nach sich ziehen.

Kiasim Pascha in Kutahia.

Kutahia, 3. Februar (A.A.) Der Präsident der G.N.V., Kiasim Pascha, ist unter herzlichen Beifallskundgebungen der Bevölkerung in unserer Stadt eingetroffen.

Kiasim Pascha nahm an dem Tee teil, der ihm zu Ehren um 17 Uhr in der Volkspartei gegeben wurde. Morgen wird eine Abendgesellschaft gegeben.

Kiasim Pascha wird von hier aus direkt nach Ankara zurückkehren.

Macdonald Vorsitzender der Weltwirtschaftstagung.

London, 3. Februar (A.A.) Macdonald wurde aufgefordert, den Vorsitz der Weltwirtschaftskonferenz zu übernehmen, und sagte unter der Bedingung zu, daß die Tagung in London stattfinden.

Kroatienführer verhaftet.

Belgrad, 3. Februar (A.A.) Der Führer der kroatischen Opposition, Matschek, wurde wegen einer Erklärung in einer ausländischen Zeitung verhaftet. Es wird ihm ein Zwangsaufenthalt zugewiesen werden.

Nadoiny fordert erneut Abrüstung.

Genf, 2. Febr. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz gab der deutsche Vertreter, Botschafter Nadoiny, den Standpunkt der deutschen Regierung bekannt.

Er betonte, daß die Abrüstung so schnell wie möglich durchgeführt werden müsse. Deutschland werde auf dieser Forderung bestehen, denn es habe ein Recht auf die allgemeine Abrüstung. Mehr als zehn Jahre habe Deutschland auf die Erfüllung dieses Rechtsanspruches gewartet, die nun nicht länger mehr hinausgeschoben werden dürfe.

Für Deutschland komme aber nur ein Abrüstungsabkommen in Frage, das für alle Staaten bindend sei.

Nadoiny ging dann ausführlich auf die militärtechnischen und juristisch-politischen Einzelheiten des französischen Sicherheitsplanes ein und faßte seine Erörterungen in der Erklärung zusammen, daß Deutschland die Absichten der französischen Regierung, die Abrüstungsbestrebungen zu fördern, lebhaft begrüße und daß die deutsche Abordnung bereit sei, in die Besprechung der einzelnen Vorschläge des französischen Planes einzugehen.

Vorher hatte der italienische Vertreter Baron Aloisi in längeren Ausführungen den französischen Plan in scharfer Weise angegriffen.

Vom Streit zwischen Danzig und Polen.

Genf, 2. Februar. In der Meinungsverschiedenheit über die Agrarreform in Polen und die dadurch verletzten Rechte der deutschen Minderheiten wird die deutsche Regierung den internationalen Gerichtshof im Haag anrufen.

Eine entsprechende Erklärung gab heute der deutsche Vertreter, Gesandter v. Keller, im Völkerbundrat ab.

Der Rat beschloß daraufhin, die Behandlung dieses Streitfalles nicht weiter fortzusetzen.

Der Rat hat weiter in seiner heutigen Sitzung die Entscheidungen bestätigt, die der Völkerbundskommissar in den Streitfällen zwischen Danzig und Polen bereits zugunsten der Stadt Danzig gefällt hatte.

Der wahre Herrscher Griechenlands?

Izmir, 3. Februar.

Der Staatspräsident fuhr heute nachmittags nach Budascha und kehrte über Eschref Pascha nach der Stadt zurück. Der Gasi besichtigte die höhergelegenen Stadtteile und die Bibliothek in der Nähe des Bahri Baba-Parks.

Auf ein Telegramm der Abgeordneten, der Stadtverwaltung und der Volkspartei von Sparta, ihre Stadt mit seinem Besuch zu beehren, erwiderte der Staatspräsident, daß es ihm zu seinem Bedauern nicht möglich sei, diesem Wunsche nachzukommen.

Der Staatspräsident nahm dagegen eine Einladung der Stadt Manissa an, dorthin zu kommen.

Ismet Paschas Reise.

Antalia, 3. Februar (A.A.) Ministerpräsident Ismet Pascha ist heute um 9 Uhr vormittags mit feierlichem Geleit nach Sparta abgereist.

Der Wirtschaftsminister nach Sparta gereist.

Izmir, 3. Februar (A.A.) Wirtschaftsminister Dschelal Bey ist in Begleitung von Sachverständigen heute Vormittag nach Sparta abgereist.

Vorläufige Einigung im Oelstreit.

Genf, 2. Febr. Im englisch-persischen Oelstreit ist es zu einer vorläufigen Einigung zwischen der britischen und persischen Regierung gekommen.

Wie verlautet, soll die persische Regierung die Kündigung der Konzession zurückgezogen haben, während England einer Überprüfung der Konzessionsbedingungen zustimmt.

Genf, 3. Febr. (A.A.)

Der Völkerbundsrat billigte das vorläufige englisch-persische Abkommen.

Jetzt wurde aber Weniselos einmal selber gedrängt, von einem unsichtbaren „Stärkeren“, der als „dritte“ Macht über den Parteien keinen Spaß versteht. Das ist der geheime, der unsichtbare Herrscher über Griechenland, der Führer der Revolution von 1922 — General Plastiras, der allerdings, als ihn der Diktator Pangalos einmal verfolgen ließ, wegen seiner Gewandtheit im Dachspringen und Terrassenklettern viel Spott erliden musste. Die Royalisten bezeichneten Plastiras aber auch als „Meuchelmörder“ (dofonoos), da er die Hauptschuld an der Ermordung der 6 königstreuen Männer tragen soll, die auf ein zweifelhaftes Kriegsergorturteil an einem trüben Novembertag 1922 in Gudi bei Athen erschossen wurden.

Dieser Plastiras winkte Weniselos, zwar nicht wie dem Zaunpfahl, aber mit Maschinengewehren, Handgranaten und Revolvern, die leicht losgehen. Plastiras wären Erfolge der Volkspartei, deren Führer Gunaris er mit den anderen 5 Unglücklichen erschossen ließ, recht unangenehm gewesen. Kriegsminister Kondylis, ebenfalls ein alter Revolutionär, gönnte höheren Offizieren in besonderen Vertrauensstellungen Luftveränderungen und versetzte sie aus den Gefahren der Großstadt in kleinere, ruhigere Garnisonen, woraus das Märcchen von der Vorbereitung der Diktatur entstand, Veränderungen, die durchaus nicht im Sinne des Führers der Revolution von 1922“ liegen konnten. Und Plastiras Sprache wurde immer deutlicher: Fort mit Tsaldaris! Mindestens Entfernung des Kriegsministers Kondylis und des Marineministers Hatzikyriakos.

Weniselos mußte Tsaldaris stürzen, sonst bestand die Gefahr wilder Schieberien! In jener historischen Nacht, da die Regierung Tsaldaris fiel, umringten bereits gedungene Männer, hierzulande Bravos genannt, den Sitz des Kammer-

Der wahre Herrscher Griechenlands?

Von Curt Röber, Athen.

Es geht alles richtig und streng verfassungsmäßig in Griechenland zu! Dafür sorgt Weniselos und verkündet es selber, legt es in langen Briefen und Reden nieder. Weniselos regiert also nach den bestehenden Gesetzen und Bestimmungen, war aber vorher so vorsichtig, diese Gesetze und Bestimmungen selber zu schaffen, und versteht es meisterlich, die Texte so auszulegen, wie sie ihm gerade passen und wie er sie im Augenblicke braucht. Eine „kleine“ Verfassungsbeugung spielt dabei keine große Rolle. Denn das ist nun einmal tatsächlich die Verhinderung des Auftretens seiner neuen Regierung vor der Kammer, indem diese vorher durch den Senat aufgelöst wurde. Wie die griechischen Staatsrechtslehrer darlegten, muß nach Art. 89 der Verfassung eine neu gebildete Regierung erst vor der Kammer erscheinen, muß eine Vertrauensabstimmung erfolgen, ehe jene berechtigt ist, die Kammer in gesetzlicher Weise aufzulösen. Das passte aber wenig in Weniselos Absichten, und Michalakopoulos, der Außenminister, erfand auch den Weg, den „Sinn“ der Verfassung so „umzudeuten“, wie ihn Weniselos brauchte. Gegen alles Verfassungsrecht wurde auch die Kammer tatsächlich aufgelöst, was dem Staatspräsidenten eine Anklage, unterzeichnet von 89 Abgeordneten, einbrachte, die dem griechischen Altverfassungsgesetz stellen wollen. Darüber hat die neue Kammer zu entscheiden.

Ob es nun ein großes Unglück war, die Kammer in dieser Form aufzulösen, ist freilich eine ganz andere Frage. Die Auflösung wäre auf alle Fälle gekommen, denn Weniselos will und muß die Wahlen haben.

Die Regierung Tsaldaris hatte in den zwei Monaten ihrer Amtstätigkeit eine wohlthuende Ruhe ins Land gebracht, hatte mit Anspannung aller Kräfte gearbeitet, schöne Erfolge erzielt und sich großes Vertrauen im In- und Auslande erworben. Vielleicht hätte Weniselos auch noch etwas „zugewartet“, er konnte Tsaldaris immer stürzen, wann und wie er wollte, da beide Parteien ziemlich gleich stark in der Kammer vertreten waren.

Jetzt wurde aber Weniselos einmal selber gedrängt, von einem unsichtbaren „Stärkeren“, der als „dritte“ Macht über den Parteien keinen Spaß versteht. Das ist der geheime, der unsichtbare Herrscher über Griechenland, der Führer der Revolution von 1922 — General Plastiras, der allerdings, als ihn der Diktator Pangalos einmal verfolgen ließ, wegen seiner Gewandtheit im Dachspringen und Terrassenklettern viel Spott erliden musste. Die Royalisten bezeichneten Plastiras aber auch als „Meuchelmörder“ (dofonoos), da er die Hauptschuld an der Ermordung der 6 königstreuen Männer tragen soll, die auf ein zweifelhaftes Kriegsergorturteil an einem trüben Novembertag 1922 in Gudi bei Athen erschossen wurden.

Dieser Plastiras winkte Weniselos, zwar nicht wie dem Zaunpfahl, aber mit Maschinengewehren, Handgranaten und Revolvern, die leicht losgehen. Plastiras wären Erfolge der Volkspartei, deren Führer Gunaris er mit den anderen 5 Unglücklichen erschossen ließ, recht unangenehm gewesen. Kriegsminister Kondylis, ebenfalls ein alter Revolutionär, gönnte höheren Offizieren in besonderen Vertrauensstellungen Luftveränderungen und versetzte sie aus den Gefahren der Großstadt in kleinere, ruhigere Garnisonen, woraus das Märcchen von der Vorbereitung der Diktatur entstand, Veränderungen, die durchaus nicht im Sinne des Führers der Revolution von 1922“ liegen konnten. Und Plastiras Sprache wurde immer deutlicher: Fort mit Tsaldaris! Mindestens Entfernung des Kriegsministers Kondylis und des Marineministers Hatzikyriakos.

Weniselos mußte Tsaldaris stürzen, sonst bestand die Gefahr wilder Schieberien! In jener historischen Nacht, da die Regierung Tsaldaris fiel, umringten bereits gedungene Männer, hierzulande Bravos genannt, den Sitz des Kammer-